

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

44 (30.10.1947)

# Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 44

Mannheim, den 30. Oktober 1947

Preis 15 Pf.

**Demokratische Selbstverwaltung u. Mitbestimmung der Bevölkerung lindern die Not!**

## Gesamtdeutsche Gewerkschaften 1948

### 6. Interzonenkonferenz der Gewerkschaften in Bad Pyrmont — Vereinigung über Zonengrenzen hinweg

Die 6. Interzonenkonferenz in Bad Pyrmont vereinigte Gewerkschaftsdelegierte aus allen vier Zonen Deutschlands mit Vertretern des Weltgewerkschaftsbundes und der CIO (USA). Im Mittelpunkt der Beratungen stand eindeutig die Frage des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses im gesamtdeutschen Rahmen. In allen Zonen erkennen die fortschrittlichen Kräfte in den Gewerkschaften immer klarer ihre Aufgabe, und die Entschlüsse der 6. Interzonenkonferenz bedeuten, über die Beschlüsse der Badenweiler Konferenz hinaus einen weiteren Schritt auf die Verwirklichung dieses Zieles.

Im einzelnen sehen die entscheidenden Entschlüsse der 6. Interzonenkonferenz vor:

Die Einberufung eines allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresses zum Frühjahr 1948, der die Grundsätze für die gewerkschaftliche Arbeit im gesamtdeutschen Rahmen auszuarbeiten hat und eine Generalkommission und einen Beirat der gesamtdeutschen Gewerkschaften wählt. Bis zur Bildung dieser Generalkommission der gesamtdeutschen Gewerkschaften wird der Weltgewerkschaftsbund ersucht, die Interzonenkonferenzen bereits als das gesamtdeutsche Gewerkschaftszentrum gemäß den Prager Beschlüssen anzuerkennen.

Weiterhin soll es den Gewerkschaftsbünden freistehen, sich über die ein-

zelnen Zonengrenzen hinweg zu vereinigen, solange die gewerkschaftliche Vereinigung aller Zonen noch nicht verwirklicht werden kann.

In einer Reihe von weiteren Entschlüssen nahm die Interzonenkonferenz zu Fragen des Arbeitsrechts, der Lohn- und Sozialpolitik u. a. m. Stellung.

In der Lohnfrage hält man einen Ausgleich zwischen Löhnen und Preisen für dringend notwendig, einen Ausgleich, der nur durch die Neuregelung aller Löhne möglich ist.

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung fordert ein Beschluß eine einheitliche gesetzliche Regelung für ganz Deutschland und ersucht den Kontrollrat, das in Aussicht stehende Gesetz über die Neugestaltung der deutschen Sozialversicherung umgehend zu verabschieden.

An die Frauen, die heute 50 Prozent aller berufstätigen Menschen darstellen und deren Mitarbeit beim Aufbau der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates unerlässlich ist, richtet

die Interzonenkonferenz den Appell, in den Reihen der Gewerkschaft für die Verwirklichung ihrer Forderungen zu kämpfen.

Die Forderungen auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Politik, die in den Entschlüssen ihren Ausdruck finden, können erst verwirklicht werden, wenn ein gesamtdeutscher Rahmen der Gewerkschaftsbewegung geschaffen ist, die in engem Zusammenhang mit der künftigen Struktur des gesamtdeutschen wirtschaftlichen und politischen Lebens.

Die Forderungen der Arbeiterschaft, die in den Gewerkschaften die breite Grundlage für ihre Verwirklichung finden und die gesamten politischen Interessen unseres Volkes drängen unwiderstehlich zur Schaffung der deutschen Einheit. Die Einheit der Gewerkschaften ist nicht nur die Vorbedingung für die Aufnahme in den großen Weltgewerkschaftsbund, sondern der erste Schritt zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands.

### Noch vor der Londoner Konferenz

SED bereit zu gesamtdeutscher Beratung!

Meldungen in verschiedenen Zeitungen wollen von der Vorbereitung einer neuen gesamtdeutschen Konferenz wissen. Aus dem Zentralsekretariat der SED erfahren wir hierzu:

„Die Stellungnahme der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Frage einer gesamtdeutschen Vertretung ist seit Monaten bekannt. Die SED stimmt jeder gemeinsamen Verhandlung zu, die der Herstellung der Einheit Deutschlands dient. Eine gemeinsame Verhandlung von Parteien, Gewerkschaften und anderen demokratischen Massenorganisationen und Vertretern der Länder wäre eine geeignete erste Grundlage zur Bekundung des Volkswillens.“

Zu den Beratungen der Außenminister in London sollte das deutsche Volk seine Meinung kundtun, und ist vor der Londoner Konferenz kein gesamtdeutscher Volksentscheid mehr möglich, so müssen Parteien, Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen zusammentreten, ihren einheitlichen Standpunkt formulieren und in einem gemeinsamen Antrag an die Londoner Konferenz eine Volksabstimmung über die künftige Staatsform Deutschlands verlangen. SED und KPD sind, wie die obige Stellungnahme der SED zeigt, jederzeit bereit, in Verhandlungen einzutreten, die dem Ziel der deutschen Einheit dienen.

### Politische Geschäftsführer des Unternehmertums

Der Zonenparteitag der DVP in Schwetzingen — Erwiesene Feinde der Gewerkschaftsbewegung und Wortführer der Reaktion

Der Zonenparteitag der DVP in Schwetzingen bestätigte den sich in letzter Zeit verstärkenden Eindruck, daß die Führung dieser Partei es mehr und mehr darauf angelegt hat, Wortführer der reaktionären Unternehmerrunde zu werden. So war auch dieser Parteitag der DVP unter die Devise der „Initiative für das freie Unternehmertum“ gestellt. Alles was nicht auf dieser Linie liegt, sei gegen die „individuelle Freiheit“.

Dieser Grundhaltung entsprach es, daß auf diesem Parteitag die Gewerkschaften als

Feinde des Unternehmertums ritten wurde. Man schuf ein Schlagwort vom „unberechtigten und ihnen nur selbst schadenbringenden Machtspruch und Machthunger der Gewerkschaften, die zwar mitbestimmen, aber keine Verantwortung tragen wollten“, um entsprechend drauflossetzen zu können. Der Sinn dieser Hetze liegt auf der Hand. Unter Verdrehung der Tatsachen soll damit der nötige Untergrund für die Sabotage des in den einzelnen Ländern wie Hessen und Württemberg-Baden in den Verfassungen verankerten Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte und Gewerkschaften durch die Unternehmer gegeben werden. Dies paßt auch vollkommen in den Rahmen des allseitigen Wiederersterbens der alten Unternehmerverbände in den westlichen Zonen. Die DVP, wie dieser Zonenparteitag in Schwetzingen ergab, ist der politische Geschäftsführer des Unternehmertums.

Bezeichnend und für die Gewerkschaften warnend ist die auf dem Parteitag der DVP gestellte Forderung: „Genügend Funktionäre der früheren Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften zu sammeln“, um mit diesen eine eigene Gewerkschaftsbewegung zu gründen.

Ein Parteitag der Demokraten, der die Spaltung der Gewerkschaften und die Gründung unternehmerfreundlicher Organisationen der Arbeiterschaft proklamiert, kann nicht besser demonstrieren, wie weit er von wirklicher Demokratie und Interessenvertretung des schaffenden Volkes entfernt ist.

### „Mit bösem Willen Bodenreform bisher verschleppt“

Durch eine Verordnung General Königs ist den deutschen Länderregierungen der französischen Zone zur Pflicht gemacht worden, ein Gesetz über die Bodenreform auszuarbeiten. Als Termin ist der 31. Dez. 1947 bestimmt.

Der Vertreter der französischen Militärregierung, Direktor Half, wies auf einer Pressekonferenz darauf hin, General König sei dazu gezwungen gewesen, da „die deutschen Behörden ohne eigene Initiative mit Langweiligkeit und bösem Willen die Bodenreform bis heute verschleppt hätten. Sie seien seit einhalb Jahren unaufrichtig ermuntert worden, die Bodenreform selbst durchzuführen, aber ihre Vorschläge seien ohne wirklich demokratischen Inhalt gewesen.“

Als Höchstgrenze des landwirtschaftlichen Besitzes sind in der Verordnung 150 ha festgelegt. Den Länderregierungen der französischen Zone bleibt es aber überlassen, für die einzelnen Klassen des landwirtschaftlichen Besitzes Höchstgrenzen einzuführen, die unter 150 ha liegen können. Mit der Verordnung General Königs ist der Kampf um die Bodenreform in der französischen Zone in ein entscheidendes Stadium getreten.

### „Schlechtes Gewissen an der Ruhr“

Die es nötig hätten, demontiert zu werden, als Generaldirektor berufen

Wie die „Neue Zeitung“ berichtet, wird im November eine Deutsche Ruhrkohlen-Bergbauverwaltung geschaffen werden, die unter der Kontrolle einer britisch-amerikanischen Gruppe arbeitet. Als Generaldirektor wird Dr. Wilhelm Roelen genannt, dem ein steinköpfiges Direktorium zur Seite gegeben wird. Nach Ansicht der „Neuen Zeitung“ sei die Gewerkschaft mit der Person Dr. Roelens einverstanden, bezweifle aber die politische Zuverlässigkeit einiger der vorgesehener Direktoren.

Die Wochenzeitung „New Statesman and Nation“ vom 18. 10. 1947 gibt in einem Artikel mit der Überschrift „Schlechtes Gewissen an der Ruhr“ nähere Einzelheiten über die Person Dr. Roelens, des Mannes, der den Ruhrkohlenbergbau in die Hände bekommen soll: Dr. Roelen war lange Jahre leitender Direktor der Vereinigten Walsum-Hamborner Bergwerks- und Thyssenschen Wasser- und Gas-Gesellschaft Duisburg und ein prominentes Mitglied jener Ruhrindustriellengruppe, welche vor und nach dem Kriege nachdrücklich unterstützten. Außerdem ist er Pp und SA-Mitglied seit 1934. Die Kontrollkommission an der Ruhr befürchtet eine unangenehme Reaktion der Arbeiterschaft, insbesondere da die Berufung dieses starkbelasteten Generaldirektors zusammenfällt mit der Veröffentlichung der Demontagelisten.

### Um was geht es?

Von Willy Grimm

Präsident Truman gab in einer Pressekonferenz die Einberufung des Kongresses zu einer Sondersitzung am 17. November bekannt. In einer Rundfunkansprache legte er die Gründe für diese Sondersitzung der Öffentlichkeit dar. Er will dem Kongreß ein „Programm zur Bekämpfung der Inflation und der überhöhten Lebenshaltungskosten“ vorlegen, ebenso einen Plan über die amerikanische Auslandshilfe. Unter diesem Plan der Auslandshilfe ist nicht, wie der Präsident betonte, der „europäische Wirtschaftspian auf lange Sicht“ zu verstehen. Es handelt sich also nicht um den Marshall-Plan, sondern um den Zwischenplan, der die amerikanische Dollarhilfe für Frankreich und Italien, dazu die Geldmittel zur Bestreitung der Besatzungskosten in Deutschland, Japan und Korea mobil machen soll.

Um die Frage, ob der amerikanische Kongreß noch vor Ende dieses Jahres zu einer Sondersitzung zusammengerufen wird, hat es in den vergangenen Monaten in der USA ein langes Hin und Her gegeben. Die ganze Problematik der amerikanischen Innen- und Außenpolitik war mit dieser Sondersitzung verbunden. Die jetzt auf den 17. November einberufene Sondersitzung ist nicht die, um die es in der bisherigen Debatte in Amerika und in der Weltöffentlichkeit gegangen ist. Mit dieser Kongressitzung soll ein Teil der Schwierigkeiten, die auf dem Wege zu der entscheidenden Sondersitzung über den Marshall-Plan liegen, überwunden werden.

Die Durchführung des Marshall-Planes begegnete einer Reihe von Hindernissen. Entscheidende Schwierigkeiten liegen in den USA selbst. Die Präsidentschaftswahlen stehen vor der Tür. Vor ihrer Durchführung dürfte es schwer sein, eine Mehrheit des Kongresses für ihn zu gewinnen. Mit rund 23 Milliarden Dollar soll der amerikanische Steuerzahler die Politik des Marshall-Planes finanzieren. Das schreckt die verantwortlichen Politiker beider Parteien, noch vor der Präsidentschaftswahl die Entscheidung auf sich zu nehmen. Für die Rivallierenden beider Parteien Amerika könnte diese Tatsache zur unüberwindlichen Hürde im Wettlauf um den Präsidenten werden. Für den Präsidenten Truman und die Verfechter des Marshall-Planes geht es nun darum, ihrer sich in Zeitnot und Zugzwang befindenden Politik einen Ausweg zu verschaffen, und dabei noch die Popularität zu sichern, die notwendig ist, um Aussichten des Erfolges bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zu haben.

Die amerikanische Wirtschaftskrise, sich ausdrückend in emporgeschrittenen Preisen bei gleichgebliebenen und künstlich erhaltener Einkommenshöhe der Masse des Volkes, bedeutet sowohl Wachsen der Schwierigkeiten in der Durchführung, als auch verstärkten Druck zur beschleunigten Durchführung des Marshall-Planes. Diesem Dilemma soll mit der nun einberufenen Sondersitzung, der Verkündung eines Programms zur Bekämpfung der Inflation und der überhöhten Lebenshaltungskosten, wie der Erlangung der Gelder für Frankreich und Italien ge-

(Fortsetzung auf Seite 2)

### Kalorienzahl in Mannheim

In unserer Nr. 39 vom 24. September 1947 gaben wir die Kalorienzahl der zugeteilten Lebensmittel mit täglich 748 Kalorien an. Diese Ziffer hat sich als irrig herausgestellt und ist auf einen Berechnungsfehler zurückzuführen. Die Redaktion des „Badisches Volksecho“ bedauert dies und legt Wert auf die Feststellung, daß der Veröffentlichung nicht die Absicht der Übertretung der Vorschriften der Militärregierung zugrunde lag.

**Um was geht es?**  
(Fortsetzung von Seite 1)  
steuert werden. Man hofft so zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Es wäre die Zeit gewonnen, um die Verwirklichung des Marshall-Planes ins nächste Jahr zu verschieben, denn mittlerweile kann die Politik um ihn, auf den Krücken des Zwischenplanes weiterhumpeln und der verkündete Kampf gegen die Inflationsgefahr die notwendige Popularität für die Präsidentschaftswahl schaffen.

Am Rande sei vermerkt, daß die Preiserhöhungen in Amerika — jetzt außer Acht gelassen, ob gewollt oder nicht gewollt — bei der Notwendigkeit für die Welt, amerikanische Waren; vor allem Lebensmittel in Dollar zu kaufen, ein Mittel zur Durchsetzung der Marshall-Politik bisher gewesen sind. Die Anleihen an England, Frankreich, Italien haben so eine für die amerikanischen Monopolherren einträgliche Entwertung erfahren, und diese Länder in den Zustand der wirtschaftlichen und damit auch politischen Abhängigkeit gebracht, die Voraussetzung war und ist, sie auf die Linie der amerikanischen Außenpolitik festzulegen. Trotzdem: völlig liegen sie noch nicht an der Kette und gerade die Schwierigkeiten, die sich aus den erwähnten inneren Gründen in Amerika mit dem Marshall-Plan ergeben haben, könnten die längst als lästige Fesseln empfundenen Bindungen für die Völker wieder lockern, wenn das Zwischenglied nicht gefunden würde. Das war bei der Einberufung der Sondersitzung des Kongresses auf den 17. November mit maßgebend, denn nur um wenig später findet die Londoner Konferenz der Außenminister statt, die immerhin die große Belastungsprobe der durch Amerika gelegten Fesseln darstellt. Vor ihr also muß ähnlich wie mit der Verkündung der Truman-Doktrin, beim Beginn der Moskauer Konferenz eine amerikanische Machtdemonstration erfolgen. Daß diese beabsichtigt ist, dürfte nicht in Zweifel gezogen werden. Ein Novum der amerikanischen Außenpolitik wie damals zu schaffen, dürfte allerdings nicht möglich sein.

**So werden die Bauern aufgeputzt**

Die Gemeinderatswahlen stehen vor der Tür. Es macht sich ein Ansteigen der Hetze gegen die Kommunistische Partei bemerkbar. Zur großen Hetze kommt die kleine, die deshalb nicht weniger infam ist.

Am 27. Oktober fand in Heidersbach, Kreis Buchen, eine allgemeine Bauernversammlung statt, in der Bürgermeister Henn (CDU) die Bauern aufforderte, ihre Keller leer zu machen, da in zehn Tagen etwa eine Kommission zur Kontrolle kommen würde. Er fügte hinzu, daß bei dieser Kommission ein Kommunist sein werde, der es sich angelegen sein lassen würde, die letzte Kartoffel aus dem Keller zu holen.

Die Reaktion der Bauern war das, was dieser CDU-Bürgermeister wollte. Es fielen Worte: „Wir lassen sie nicht rein, wir schlagen sie tot.“ Auf dieses Resultat hatte es offenbar dieser CDU-Bürgermeister mit seiner Aufputzung abgesehen. Darin erblicken seine Kreise die Schaffung des „Wahlklimas“, das sie auf dem Lande gerne haben möchten. Wir erwarten, daß der Landrat des Kreises Buchen diesem aufputschenden Bürgermeister etwas auf die Finger sieht.

**Kulturmosaik**

**Heinrich-Heine-Preis gestiftet**

Rudolf Leonhard, als Vorstandsmitglied des Schriftstellerkongresses gab auf der Tagung der Schriftsteller bekannt, daß der seinerzeit unter den emigrierten deutschen Schriftstellern in Frankreich begründete Heinrich-Heine-Literaturpreis jetzt „nach Deutschland zurückgebracht worden“ und vom Schutzverband deutscher Autoren zusammen mit mehreren großen Verlagen neu gestiftet worden sei. In Höhe von 10 000 Mark wird er alljährlich zur Verteilung kommen.

**Anna Seghers nach England eingeladen**

Die in Berlin lebende Schriftstellerin Anna Seghers, bekannt durch das Buch „Das siebente Kreuz“ (Aufbau-Verlag, Berlin), in dem sie in erschütternder Weise die Flucht eines KZ-Häftlings und die ganze Not der antifaschistischen Kämpfer im Hitlerreich schildert, wurde vom „Britischen Rat für deutsche Demokratie“ eingeladen, an einer im November stattfindenden Konferenz teilzunehmen.

„Wie die Tiere des Waldes“  
Friedrich Wolf hat soeben ein neues Schauspiel beendet, das den Titel „Wie

**Wir fordern Volksentscheid!**

Ein ordentlicher Friedensvertrag ist nötig!

die Gestaltung Deutschlands zu einem demokratischen Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung.“

Diese Forderung aus der Resolution des 2. Parteitag der SED unterstrich Otto Grotewohl vor über 5000 Arbeitern des Eisenhüttenwerkes Tale im Harz, wo er einen realistischen Ueberblick über die gegenwärtige und künftige wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands gab und den Hoffnungen Ausdruck verlieh, die alle fortschrittlichen Kräfte in Deutschland und der Welt an die bevorstehende Londoner Konferenz knüpfen. Grotewohl führte u. a. aus:

„Um unsere Verpflichtungen systematisch abzufinden und selbst aus der gegenwärtigen materiellen Not herauszukommen, brauchen wir zunächst einen ordentlichen Friedensvertrag. Nichts ist schlimmer, als nicht zu wis-

sen, wie hoch die uns aufgebürdeten Schuldenlasten sind, denn die Arbeiterklasse will wissen, wofür sie zu arbeiten hat. Neben der Sorge um Kartoffeln und Brot steht der politische Kampf um die Konstituierung einer neuen deutschen Demokratie.“

Der kommende Staat darf nicht so willenlos und schwach sein, wie der zur Weimarer Zeit. Wir brauchen eine kämpferische Demokratie, die der deutschen Mentalität und den deutschen Verhältnissen angepaßt ist. Deshalb wollen wir auch weder die westliche noch die östliche Staatsform auf Deutschland übertragen. Wir fordern vor der Londoner Außenministerkonferenz nochmals den Alliierten Kontrollrat auf, auf unsere Forderung einzugehen und dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, das Recht einer Volksabstimmung!“

**„Offenkundig ungesund“**

Senator Bridges gegen Demontageplan? — Wie lange wird die Besetzung Deutschlands dauern?

Gegenwärtig reist eine Delegation des Haushaltsausschusses des amerikanischen Senats durch die Westzonen. Ihr Leiter ist Senator Styles Bridges. Auf Pressekonferenzen in Berlin wie in München machte er beachtliche Äußerungen zur Reparationsfrage und Demontage. Den neuen Reparationsplan für die Bizone bezeichnete er als „offenkundig ungesund“. „Wir wollen nicht Millionen-dollarwerte zur Unterstützung der deutschen Wirtschaft nach Deutschland senden, um zu gleicher Zeit zu sehen, wie man diese Wirtschaft niederreißt.“ Das sei auch die Meinung der übrigen Mitglieder des Ausschusses. Er glaube jedoch nicht, daß seine Empfehlungen eine Beendigung der Demontage veranlassen, aber, daß sie diese vielleicht „verlangsamen“, könnten.

Zur Besetzung Deutschlands äußerte er, daß er diese „bis zu 40 Jahren empfehlenswert“ halte. Wenn von russischer Seite auf der Novemberkonferenz der Außenminister in London vorgeschlagen werde, die Besatzungstruppen aus Deutschland zurückzuziehen, werde er damit nicht einverstanden sein.

Man steht nach dieser Äußerung überraschend vor der Frage, liegen auf der Londoner Konferenz der Außenminister die Dinge, wie sie Senator Bridges zum besten gibt? Immerhin ist es aufschlußreich, wenn es so stehen sollte, daß man sich in amerikanischen Kreisen mit einer 40jährigen Besetzung Deutschlands beschäftigt und der Sowjetunion die Möglichkeit einer sofortigen Räumungsabsicht unterstellt.

**Die bloßgestellte Ministerialbürokratie**

Ein Angriff auf die Mannheimer Wohnungsausschüsse mit Ministerialerlaß

Die Wohnungsausschüsse in der Stadt Mannheim sind der Verwaltungsbürokratie ein Dorn im Auge. Der Grund dafür? Die Wohnungsausschüsse Mannheims haben gut gearbeitet und haben im Wohnungsamt Mannheim eine ins Riesenhafte gewachsene Bürokratie unmöglich gemacht. In Mannheim ist nur etwa ein Drittel der Beamten und Angestellten beschäftigt, die in Wohnungsamtern anderer Städte Verwendung finden. Daß die Wohnungsausschüsse Mannheims die Willkür in der Vergabe der heißbegehrten Wohnungen ausschließen; daß durch ihre Zusammensetzung zur Verfügung stehende Wohnungen allein nach dem Gesichtspunkt der Abstellung dringender Not vergeben werden können, sind weitere Vorteile. Sie haben auch zur Beseitigung oft beklagter Mißstände geführt. Für Bestechlichkeit und Korruption sind die wesentlichsten Voraussetzungen weggefallen. In den Wohnungsausschüssen Mannheims ist ein Beispiel wirklich demokratischer Verwaltungsarbeit unter Mitwirkung der Bevölkerung gegeben.

Warum also der Ministerialerlaß, wonach die Wohnungsausschüsse in Mannheim abgeschafft werden sollen? Die Bürokratie hat allen Grund, das gute Beispiel zu fürchten! Es ist nicht allein, daß andere Städte ihm folgen könnten, sondern auch, daß die Bevölkerung in anderen Fragen, wie der der Ernährung, Verteilung der Verbrauchsgüter usw., ähnliche Verhältnisse fordern und durchsetzen könnte, wie es durch die Wohnungsausschüsse auf dem Gebiet des Wohnungswesens der Fall ist.

Es wird zwar viel von Selbstverwaltung der Gemeinden geredet — auch der Ministerpräsident Dr. Maier von Württemberg-Baden hat einmal den Ausspruch getan, daß dort, wo Probleme nicht zu lösen sind, die Bevölkerung zur Mitarbeit heranzuziehen sei —, aber wo wirklich Ersprießliches geleistet wird, da fühlt sich die Ministerialbürokratie angegriffen. Deshalb der Ministerialerlaß gegen die Mannheimer Wohnungsausschüsse. Gegen ihn Stellung zu nehmen, ist demokratische Verpflichtung der Mannheimer Bevölkerung.

**„... natürlich, Schumacher“**

Die Moskauer „Prawda“ gab kürzlich eine interessante Mitteilung wieder. Sie lautete:

„Mit dem Name Schumacher verknüpft die deutsche Reaktion Restaurierungs- und Revanchegelüste. Nach einer Information wurde in England eine Rundfrage bei 300 Mitgliedern des ehemaligen deutschen Generalstabes und Oberkommandos durchgeführt, auf die die Antwort geheim erfolgte. Auf die Frage, ob die sich gegenwärtig in englischer Kriegsgefangenschaft befindenden Generalstäbler, „ob es gegenwärtig in Deutschland jemand gäbe, mit dem sie, wenn sie sich wieder in Freiheit befinden würden, zusammenarbeiten könnten, antworteten 180 Vertreter des alten Systems und Anhänger der Theorie der „Ausweitung des Lebensraumes“ folgendermaßen: „... natürlich, Schumacher...“

**Demontageliste**  
**In der französischen Zone**

Nachdem für die Bizone durch die amerikanisch-englischen Militär-Gouverneure die Demontageliste veröffentlicht wurde, erfolgte jetzt auch die Bekanntgabe der Demontageliste für die französische Zone. 170 Fabriken verfallen nach dieser Liste der Demontage. Die Demontageliste hatte General Noiret, der Vertreter des französischen Oberbefehlshabers im Kontrollrat, dem Koordinationsausschuß überreicht.

Kurz vor dieser Bekanntgabe war bereits eine Meldung durch die Presse gegangen, die ihren Ausgangspunkt in einer Pressekonferenz bei der Militärregierung in Baden-Baden hatte, nach der mit der Demontage von 300 Fabriken in der französischen Zone zu rechnen gewesen wäre. Darüber besteht immer noch keine Klarheit, ob mit der von General Noiret überreichten Demontageliste das Ende der Demontagen in der französischen Zone erreicht ist.

**Umstrittene**  
**Ernteeinschätzung**

In einer Round-Table-Konferenz wurden zwischen dem Direktor der Landwirtschaftsabteilung der Militärregierung von Württemberg-Baden, Paul Taggart, und dem Landwirtschaftsminister Stooss die Differenzen bei den Ernteeinschätzungen besprochen. Die Besprechung endete ohne schlüssiges Ergebnis. Abschließend erklärte Mister Taggart, „daß sich die deutschen Behörden bei ihren Ernteeinschätzungen“ sicherlich Mühe gegeben hätten, jedoch habe er zuweilen den Eindruck, daß sie gewisse Getreidemengen der gesetzlichen Ablieferung entziehen wollten.“

**Erneutes**  
**Einheitsabkommen**

**Italienische Sozialisten und**  
**Kommunisten stehen zusammen**

Auf einer Konferenz der Sozialistischen Partei Italiens wurde der Pakt über eine einheitliche Politik mit der Kommunistischen Partei erneuert. In der entsprechenden Entschließung heißt es, daß das in Belgrad gegründete Kommunistische Informationsbüro nichts an dem von beiden Parteien getroffenen Uebereinkommen hindere. Mit dieser Entscheidung hat sich die Sozialistische Partei gegen den Führer des rechten Flügels, Lombardo, entschieden, der für den Bruch des Einheitsabkommens eingetreten war.

**Wir heißen euch hoffen!**

Die Zukunft decket  
Schmerzen und Glücke  
schrittweise dem Blicke,  
doch ungeschreckt  
dringen wir vorwärts.

Und schwer und ferne  
hängt eine Hülle  
mit Ehrfurcht, Stille  
ruhn oben die Sterne  
und unten die Gräber.

Doch rufen von drüben  
die Stimmen der Geister  
die Stimmen der Meister:  
„Versäumt nicht, zu üben  
die Kräfte des Guten!“

Hier flechten sie Kronen  
in ewiger Stille,  
die sollen mit Fülle  
die Tätigen lohnen:  
„Wir heißen euch hoffen!“  
Joh. Wolfg. v. Goethe

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn auch bei uns in Württemberg-Baden, besonders in Anbetracht des Mangels an Lehrkräften an den Mittelschulen, dieses Beispiel Nachahmung finden würde.

**11 000 Frauen studieren**

An den tschechoslowakischen Universitäten haben sich etwa 54 800 Studenten für das Wintersemester eingetragen, für das Wintersemester 11 000 Frauen. Allein in der Karlsuniversität in Prag studieren 2400 Frauen Philosophie, 1750 Medizin und 2100 weibliche Studenten haben sich für andere Fächer immatrikulieren lassen. An den Technischen Hochschulen studieren 118 Frauen das Bauwesen, Ingenieurwissenschaften und Architektur, 233 Chemie und 46 Maschinenbau.

Dieses Beispiel zeigt, daß die Frauen in der Tschechoslowakei in allen Berufen Eingang gefunden und gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft geworden sind. Hingegen gelten in Niedersachsen heute noch die von den Nazis geschaffenen Tarifordnungen für die Metallindustrie, die für die Frauen nur 75 Proz. der für die Männer festgesetzten Löhne vorsehen.

die Tiere des Waldes“ trägt. Das Schauspiel, dessen Handlung einer Prozeßakte entnommen ist, behandelt die Situation und die Probleme der deutschen Jugend. Den Versand an die Bühnen hat der Aufbau-Büchsen-Vertrieb übernommen.

Das Nationaltheater in Mannheim, das auf eine große Tradition zurückblicken kann und beginnt, den Schiefer der 12-jährigen Gleichschaltung zu zerreißen, müßte es als Verpflichtung ansehen, die Mannheimer Bevölkerung mit dem Werk dieses fortschrittlichen Dichters bekannt zu machen.

**Kurse für 14-16jährige an der Volkshochschule in Leipzig**

An den Kursen der Volkshochschule in Leipzig konnten bisher nur Personen teilnehmen, die das 16. Lebensjahr vollendet hatten. Durch eine Anordnung der Landesregierung Sachsen werden jetzt an der Volkshochschule in Leipzig eigens Kurse für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren abgehalten. Sie umfassen die Fächer Physik Chemie, Rechnen, Grundfragen der Gegenwart, Buchführung, Stenographie, Schreibmaschine, Deutsch, Französisch, Englisch, Russisch und Latein. Die Kurse begannen Mitte Oktober.

### Warum hier nicht den erhobenen Zeigelinger?

Ein Jugendlicher schreibt uns:  
Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben in der Vergangenheit recht oft die Jugend mit dem erhobenen Zeigelinger verfolgt und sich nicht geniert, diese für das verantwortlich zu machen, was sie selbst letztlich verursacht haben. Die Jugend ist schuldlos an dem Unglück unserer Vergangenheit und Gegenwart. Die heutige Jugend kann beim besten Willen nicht sehen, worin das Vorbild der älteren Generation bestehen soll. Die Tatsachen sprechen gegen sie. Doppelte Moral kann uns geschenkt bleiben.

Als es wirklich gegolten hätte, für die Jugend den Zeigelinger zu erheben, hat es all den Vertretern der DVP und CDU im Landtag an der nötigen Kraft gefehlt. Bei der Verabschiedung des Wahlgesetzes zur Durchführung der Gemeinderatswahlen haben sie geschlossen die Anträge der Kommunistischen Partei, den Jugendlichen vom 18. Lebensjahr ab das aktive und mit Vollendung des 21. Lebensjahres das passive Wahlrecht zu geben, niedergestimmt.

Jetzt tun dieselben Vertreter, als ob nichts geschehen wäre und möchten, wie der Rattenläufer von Hameln, die Jugendlichen mit scheinheiligen Verlockungen um sich scharen. Sie schätzen die Jugend doch etwas zu dumm ein. er.

### Schlange-Schönigen als theoretisierender Junker

Schlange-Schönigen, der Ernährungsdiktator der Bizone, macht in einem neuen Buch unter dem Titel „Lebendige Landwirtschaft“, das in Hannover erscheint, den Versuch, seine reaktionäre, junkerliche Praxis auf dem Gebiete der Landwirtschaft theoretisch zu untermauern. Die Fragen der Rationalisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft, welche er an-

**Samstag, den 1. November 1947, nachmittags 14.30 Uhr, im Speisesaal der Motorenwerke**

**Allgemeine Funktionär-Konferenz**  
für den Stadtkreis Mannheim

**Stellungnahme zu den Stadtratswahlen und Aufstellung der Kandidaten**

Mitgliedsbücher sind mitzubringen.  
Der Kreisvorstand der KPD.

schneidet, sind seit langem bekannt und erörtert worden. Voll Interesse ist lediglich das Schlusskapitel über die zukünftige Entwicklung der deutschen Landwirtschaft, in dem er in Bezug auf die Bodenreform sein Bedauern ausspricht, daß sich die Besatzungsmächte unter politischen Aspekten in die Regelung dieser in der Regel Angelegenheit einmischen.

„Wanderung des Bodens zum besseren Wirt“, lies: junkerlichen Großgrundbesitzer, — das ist Schlanges Lösung des Problems! Und was die Flüchtlinge anbelangt, so sollen die Saatzüchter, Viehzüchter und die nachweisbar Tüchtigen wieder Boden unter die Füße bekommen. Die Praxis des Herrn Schlange selber und seiner kleineren Ebenbilder auch bei uns in Württemberg-Baden läßt deutlich erkennen, daß diese nachweisbar Tüchtigen niemand anders sind als die im Osten Deutschlands enteigneten junkerlichen Freunde Schlange-Schönigen. Der Mitarbeiter P. des JKP meint hierzu:

„Woher soll der Boden kommen, den die „nachweisbar Tüchtigen“ wieder unter die Füße kriegen sollen? Dem „Bodensatz“, den beruflich untüchtigen Bauern, den „schlechten Elementen“, soll das Land abgenommen werden. Die deutschen werktätigen Bauern werden sich gegen diesen Versuch eines neuen Bauernlegens energisch zur Wehr setzen und die Durchführung der Bodenreform erzwingen.“

Abschließend sei bemerkt, daß dies Buch in der typischen überheblichen Sprache des Junkers geschrieben ist. Wollte man zählen, wie oft das Wort „Ich“ in ihm erscheint, man würde zu einer vierstelligen Ziffer kommen.“

## Wie steht es mit der Schuhzuteilung?

Ein Vergleich mit den Schuhzuteilungen der Stadt Nürnberg

Die Fachzeitschrift „Schuhwirtschaft“, Nürnberg, veröffentlichte eine Aufstellung der in Nürnberg ausgegebenen Schuhe. Wir stellen dieser Aufstellung für die gleiche Zeit die Ziffern gegenüber, die zeigen, was in Mannheim ausgegeben wurde.

Mannheim:	Nürnberg:
580	3158 Paar Arbeitsschuhe, Berufsschuhe u. Strassenschuhe für Männer und Frauen.
150	1229 Paar leichte Strassenschuhe für Erwachsene u. Kinder.
200	1098 Paar Kinder- und Kleinkinderschuhe.
240	1280 Paar Haus u. Turnschuhe für Erwachsene und Kinder.

Jeder, der rechnen kann, mag an diesen Zahlen das Maß der Ungerechtigkeit und der großen Desorganisation ersehen. Und bei all dem ist nahezu jedem Mannheimer bekannt, daß in und um Mannheim Schuhe produziert werden, daß die Lager der Großhändler gefüllt sind und auch die Einzelverkaufsgeschäfte größere Lagerbestände aufweisen. Es fehlt nicht an Schuhen, um die Bevölkerung mindestens nach und nach zu versorgen. Aber jeder unglückselige Klient des Wirtschaftsamttes weiß es: Es fehlt an

Bezugscheinen für diese Schuhe, die von „oben“ ausgestellt werden. Nürnberg, die Stadt mit 320 000 Einwohner, erhält insgesamt 6765 Paar Schuhe. Mannheim mit seinen 230 000 Einwohnern dagegen nur 1170 Paar.

Wir schätzen die für die Zuweisung von Bezugscheinen maßgebenden Stellen, die Verantwortlichen in den Ministerien und im Wirtschaftsamt nicht als so dumm und unfähig ein, daß sie diese Ungleichmäßigkeit und Ungerechtigkeit in der Zuweisung und in der Zuteilung nicht sehen könnten und in der Lage wären, sie abzustellen.

Jeder einfache Mensch mit einem Mindestmaß an organisatorischer Begabung wäre in der Lage, diese Aufgabe zu lösen. Es bleibt also nur der Schluß übrig, daß die Verantwortlichen wohl könnten, wenn sie wollten. Aber sie wollen nicht. Sie wollen nicht, daß die Bevölkerung mit den notwendigsten Gegenständen des täglichen Bedarfs gerecht versorgt wird, und so erwächst daraus die Forderung des schaffenden Volkes und aller fortschrittlich gesinnten Menschen nach Beseitigung und Bestrafung der Schuldigen an dem Chaos und nach ihrer Ersetzung durch demokratisch gesinnte Männer, die fähig und gewillt sind, zu planen und mit und unter der Kontrolle des Volkes für die Sicherung der Existenz unseres Volkes zu wirken. -kt-

## Konstruktiver Bauvorschlag

KPD in Ketsch verlangt Ausbau von Wohnungen für Neubürger

Die katastrophale Wohnungslage veranlaßte die Ortsgruppe der Kommunistischen Partei in Ketsch, dem Gemeinderat ein konkretes Bauprogramm zu unterbreiten.

In diesem Programmpunkt empfiehlt die Kommunistische Partei den Ausbau von ca. 200 Dachwohnungen, um vor allen Dingen die noch in unmöglichen Verhältnissen lebenden Neubürger unterzubringen. Da die in Frage kommenden Hausbesitzer die Kosten des Ausbaues selbst zu tragen hätten, würde die Gemeinde durch die anfallenden Kosten nicht allzustark belastet. Außerdem wurde der Umbau des früheren HJ-Heims zum Wohngebäude vorgeschlagen. Die Finanzierung dieses Vorhabens soll auf genossenschaftlichem Wege erreicht werden.

In einem Schreiben erkennt die Gemeindeverwaltung die Brauchbarkeit des kommunistischen Vorschlags an, weist aber gleichzeitig auf evtl. Schwierigkeiten hin, die durch die Hauseigentümer gemacht werden können. Außerdem ist die Zahl von 200 Ausbauten nach Ansicht der Gemeindeverwaltung zu hoch gegriffen.

Der Umbau des HJ-Heims wurde vom Gemeinderat genehmigt und wird

auf Kosten der Gemeinde vorgenommen.

Die Kommunistische Partei fühlt sich verpflichtet, ihre Bedenken gegen den von der Gemeindeverwaltung eingeschlagenen Weg auszudrücken. Der Ausbau des HJ-Heims wird ungefähr 200 000 RM kosten, ohne daß die zu erwartenden Mieteinnahmen in einem gesunden Verhältnis zu der ausgegebenen Summe stehen wird. Die Gemeinde Ketsch wird also mit einer dauernden finanziellen Belastung zu rechnen haben. Die Kommunistische Partei verlangt also nochmals den beschleunigten Ausbau der vorgesehenen Dachwohnungen und einer erneuten Überprüfung der Möglichkeiten, den Umbau des HJ-Heims auf genossenschaftliche Weise durchzuführen.

Die Kommunistische Partei ist bereit, jeden Wohnungsbau zu unterstützen. Sie wendet sich aber gegen Bauvorhaben, die fast nicht zur Linderung der Wohnraumnot beitragen und die evtl. zum Ruin der Gemeinde führen können.

Es ist nun Aufgabe des Gemeinderats, sich erneut mit diesem dringenden Problem auseinanderzusetzen und der Öffentlichkeit gangbare Wege aufzuzeigen.

## Das ist der Wirtschaftsrat

„Die Kartoffeln sind da. Sie werden nicht ausgegeben, weil das Gestrüpp der bürokratischen Hemmungen einfach nicht mehr überwunden werden kann. Ohne den Wirtschaftsrat und die unzähligen nachgeordneten Stellen... hätten wir Kartoffeln genug. Wenn wir in diesem Winter hungern müssen, dann nicht aus Mangel an Kartoffeln, sondern aus dem völligen Versagen der Behörden.“

Diese Sätze stehen im „CDU-Echo“ vom 18. Oktober! Die CDU, die gegen den Protest der Kommunisten die Bildung des Wirtschaftsrates begrüßte, die CDU, die gegen den Protest der beiden Arbeiterparteien die Wahl ihres Schlange-Schönigen zum Ernährungsdirektor erzwang, dieselbe CDU entdeckt heute, unter dem Druck der wachsenden Empörung im Volke, die Wahrheit — die völlige Unfähigkeit und Sabotage ihrer eigenen Verwaltungsfunktionäre.

Kein Mensch kann von dieser Partei erwarten, daß sie etwa ernst macht und ihren Schlange-Schönigen zum Teufel jagt. Wir aber müssen die Notwendigkeit erkennen, den Kampf für eine Volkskontrolle der Ernährung selbst in die Hand zu nehmen.

## Welt-Getreideernte von 1946 übertraffen

R.D. (Wln.) Der künstlich erzeugten Stimmungsmache über eine Weltknappheit an Getreide stehen Schätzungen des statistischen Amtes in Kanada gegenüber, denen zufolge die Weltweizenerte dieses Jahres 6 Mrd. Bushel (1 Bushel 27,2 kg) und die Weltroggenernte 1450 Mill. Bushel betragen wird. Die entsprechenden Vergleichsziffern des Vorjahres lauten auf 5,8 Mrd. Bushel Weizen und 1420 Mill. Bushel Roggen.

Mit der Bekanntgabe dieser Ernteziffern werden alle Nachrichten über eine Welt-Getreide-Knappheit widerlegt und als bewußtes Manöver entlarvt, das den überseeischen Getreide-Monopolisten hohe Profitspannen aus dem Exportgeschäft sicherstellen soll. Diese Tatsache ist ein weiterer Beweis dafür, auf welche gemeingefährliche Weise die überseeischen Getreide-Exporteure mit den hungernen Volksmassen der Bedarfsländer spielen.

### Zeugen gesucht!

Alle Personen, die belastende Angaben über den ehemaligen Gestapo-Beamten Johannes Flab, der in Mannheim von 1939 bis 1945 tätig war, machen können, werden ersucht, dieselben schriftlich an die Kreisbetreuungsstelle der „Verfolgten des Naziregimes“, Mannheim, Luisenschule, Zimmer 19, einzusenden.

## Gedenktage DER WOCHE

- 29. 10. 1945 Eröffnung der Weltjugendkonferenz in London.
- 1889 N. G. Tschernyschewski, russischer Schriftsteller, gest.
- 30. 10. 1922 Beginn der faschistischen Diktatur in Italien.
- 31. 10. 1517 Luther schlägt die 95 Thesen an die Schloßkirche zu Wittenberg.
- 1. 11. 1923 Türkei wird Republik.
- 3. 11. 1918 Matrosenaufstand in Kiel — Bildung des 1. Soldatenrates.
- 4. 11. 1936 Edgar André, Hamburger Arbeiterführer, hingerichtet.
- 1847 Felix Mendelssohn-Bartholdy, Komponist, gestorben.

### Hunderttausend Paar Schuhe — aber nicht für die Bevölkerung!

Bei einer Kontrolle der Schuhfabrik Rita in Weinheim stellte man fest, daß diese Firma 80 000 Paar Schuhe gelagert hat. In weiteren Lagern der Firma sollen noch 10 000 Paar Schuhe aufgestapelt sein. Nicht nur die Schuhfabrik Rita, sondern alle Betriebe dieser Branche in Stadt und Landkreis Mannheim sollen vollgestopfte Lager haben. Wir fragen die zuständigen Behörden, ob sie von diesem Zustand Kenntnis haben? Wenn ja, warum werden die Schuhe dann nicht an die notleidende Bevölkerung ausgegeben?

Die Männer und Frauen, deren Anträge auf Schuhe immer wieder auf den Wirtschaftsämtern abgewiesen werden, die Mütter, welche ihre Kinder nicht mehr in die Schule schicken können, da sie keine Schuhe zum anziehen haben, fordern eine klare Antwort auf diese Fragen.

Wo gehen die Mannheimer Schuhe hin?

### Robstoff Holz!

Immer weniger Holz für die deutsche Wirtschaft

Wie ZAZ Berlin meldet, lagen nach dem Monatsbericht der britischen Kontrollkommission die Holzexporte der britischen Zone nach Großbritannien im August mit über 170 000 Tonnen Nutzholz um annähernd 18 000 Tonnen über den Rekordmengen des Juli. Ueber 1,1 Millionen Tonnen Nutzholz, davon über 610 000 Tonnen während der letzten fünf Monate, sind damit nach Großbritannien verladen worden. Auf die verheerenden Folgen dieses Raubbaus an den deutschen Waldbeständen ist immer wieder von den verschiedensten Seiten hingewiesen worden.

Gerade der Rohstoff Holz ist geeignet, zu zeigen, daß ein Export in dieser Art statt unserem Volk zu helfen, unsere wirtschaftliche Lage noch mehr verschlimmert. Holz als Fertigfabrikat verarbeitet, erzielt nicht weniger als den zweitausendfachen Preis des Rohstoffes Holz, den man uns auszuführen müßte. In einem Bruchteil der heutigen Holzlieferungen könnten wir unsere ganze zusätzliche Nahrungsmittelfuhr bezahlen. Unser Waldbestand wäre nicht gefährdet, unsere Bauwirtschaft und sonstige Industrie müßte nicht den Rohstoffen Holz für Häuser und Möbel und Gebrauchsgegenstände entbehren, wenn uns ein Fertigwarenxport getätigt würde, denn der zweitausendste Teil unserer jetzigen Ausfuhr an Holz würde genügen, um den gleichen Erlös zu erzielen. Deutschland ist heute mehr denn je angewiesen auf Austausch seiner Industrieerzeugnisse gegen Rohstoffe und Lebensmittel. Die Voraussetzung für eine gesunde, wirtschaftliche Entwicklung in friedlichem Rahmen ist die Beendigung des ungesunden Rohstoffexports und der Ausbau einer friedlichen Gebrauchsgüter- und Exportindustrie.

**Eltern! In allen Jugendangelegenheiten erteilt Rat und Auskunft das Jugendsekretariat der KPD Mannheim, S 3, 10**

Jeden Montag von 16—18.30 Uhr

